

# Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 4/43. Jahrgang

April 2012

Schutzgebühr: 0,40 E

## Nach den Plänen zum neuen Bahnhofsvorplatz: Behinderte haben es in Gießen schwer

Sollte ein gehbehinderter Mensch mit der Bahn fahren wollen, muss er an den Bahnhof. Dort darf ihn jedoch niemand bis an die Bahnhofshalle fahren – das ist nur den Taxifahrern erlaubt. Der (private) „Chauffeur“ kann den Menschen auf einem 200 Meter entfernten Kurzzeitparkplatz absetzen. Von da aus kann der Mensch sehen, wie er zurecht kommt – humpeln, rollen, robben. Oder der „Chauffeur“ schiebt oder zieht ihn.

Er kann gewiss mit dem Taxi fahren – sofern genügend Geld vorhanden

ist. Auf meine dementsprechende Frage im Bauausschuss antwortete die Bürgermeisterin der SPD/Grünen Koalition, dass die Betroffenen in der Lahnstraße abgesetzt werden könnten. Da befinde sich ein Aufzug. (Der funktioniert meistens).

Sollte der Mensch nach den Mühen des Weges unverletzt dort angekommen, die Toilette aufsuchen, sich Proviant oder noch eine Zeitung kaufen wollen, wird es schwierig. Braucht der Gehbehinderte solche Dinge?

Michael Beltz



## An die Kolleginnen und Kollegen im Streik:

Die DKP Gießen grüßt die streikenden verdi-Kolleginnen und -Kollegen und spricht Euch unsere volle Unterstützung für Euren mehr als berechtigten Kampf aus, für Eure Forderung nach 6,5% oder mindestens 200 Euro monatlich an Gehaltssteigerung. Hunderte von Milliarden für die angebliche Rettung der Banken, Hunderte von Milliarden für die angebliche Rettung des Euro, den Euro-Schild, und wer soll's bezahlen? Die abhängig Beschäftigten mit Lohnverlust, wie ihn Bund und Kommunen im öffentlichen Dienst vorschlagen. Euer Streik ist die einzig richtige Antwort auf diese Provokation! Es bleibt dabei: 6,5 % oder 200 Euro monatlich. Wir sind uns das WERT.  
Kreisvorstand DKP Gießen

## Fiasko LaGa: Wieseckau zerstört



"Hier können sie sich überzeugen, wie zurückhaltend und behutsam eingegriffen wird!" (Bgm Weigel-Greilich am 25.3. im Gießener Anzeiger); für LaGa-Geschäftsführer Wiemer ist die Vernichtung von Brutstätten und Vertreibung seltener Vogelarten "**artenschutzgerechtes Vorgehen**"!

Weitere Berichte zur Landesgartenschau auf Seite 2. Eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts in Kassel über die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens lag bis Redaktionsschluss noch nicht vor.

## Inhalt:

LaGa-Infos/Anlieger/Aberglaube	S.2
Anträge Linksfraktion/Jugendamt	S.3
Profit der Rhön-AG/Strompreise	S.4
Gesundbeter/Rentner-Verdienst	S.5
Kommunismus/Buchtipps: Naziterror	S.6
Leserbriefe/Syrien-Iran	S.7
Termine	S.8

**Für Frieden und Sozialismus! DKP**

# LaGa-Info-Abend der BI: Noch k ö n n e n 1 0 M i o E gerettet werden!

Dies berichtet Arnd Lepère, der die Stadt gefragt hatte, was bei einer sofortigen Absage der LaGa gespart werden könnte. Dabei sind die bisherigen Ausgaben und die Vertragsverpflichtungen der Stadt einbezogen. Die Verschuldung der Stadt Gießen liegt derzeit bei rund 250 Millionen Euro. Marburg mit etwa der gleichen Einwohnerzahl ist „nur“ mit 87 Millionen verschuldet. Andere Städte wie z.B. Alsfeld und Vellmar lehnen sog. Events wie Gartenschauen oder Hessentage ab. Alle anderen haben zusätzliche Schulden angehäuft. Bad Nauheim offiziell 1 Million, Stadt Allendorf 5,9 Millionen, Gießen und Wetzlar (Hessentag) werden folgen. Die Veranstaltung wurde durch die Sprecherin der BI, Martina Lennartz, vor etwa 60 Gästen eröffnet. Dipl.-Biol. Dietmar Jürgens wies zum wiederholten Mal auf den Frevel in der Wieseckau hin, dem ca. 200 Bäume, Vogelbrutstätten und letztendlich viele Vogelarten zum Opfer gefallen sind. Ein Film von Mario Berger ergänzte und unterstrich dies auf eindringliche

Weise. Michael Janitzki wies in seinem Beitrag auf die Finanzlage unserer hochverschuldeten Stadt hin, für die ein derart unkalkulierbares Risiko unverantwortlich ist.

Unsere Stadt wird ausgeplündert. Die Landesgartenschau GmbH garantiert neue Schulden. Mit immer wiederkehrenden gleichen oder ähnlichen Konzepten für derartige Großveranstaltungen wird viel Geld verdient. Der Geschäftsführer des Hessisch-Thüringischen Landesgartenschauvereins, Herr Wierzbizki, ist gleichzeitig Inhaber eines Unternehmens für Landschafts- und Gartenbau im Taunus.



Auf dem Podium (v.r.): Arnd Lepère, Dietmar Jürgens, Martina Lennartz, Michael Janitzki

**Kontakt: stopptdieselandesgartenschau@yahoo.de**  
**Treffen der BI: donnerstags, 19.45 h, Nordstadtzentrum, Reichenberger Str. 9**

## Anlieger müssen für die LaGa zahlen

Die Erhöhung der Straßenanliegergebühren ist – vorerst - vom Tisch. Der SPD/Grüne Magistrat hatte damit LaGa-Maßnahmen noch drastischer den Hausbesitzern aufbürden wollen. Erst kürzlich ist bereits die Grundsteuer erhöht worden. Besonders trifft es die Anlieger der Ringallee und die der Dammstraße. Allein von den hier kalkulierten 280.000 Euro müssen die Dammstraßen-Anwohner 60% bezahlen; das sind 168.000 Euro! Und das war dem Magistrat noch zu wenig!

Ende 2001 wurde die Straßenbeitrags-Satzung beschlossen – noch unter OB Mutz, aber mit CDU-geführtem Magistrat und mit den Stimmen der SPD. Sie besagt, daß Straßenarbeiten, also eine der ureigensten Angelegenheiten einer Kommune, von den „Anliegern“ mitbezahlt werden sollen. Bei geringem Durchgangsverkehr müssen die Hausbesitzer 60% der Kosten tragen, bei Durchgangstraßen ist der Satz etwas geringer.

Dieser Anteil sollte auf 75% erhöht werden! D.h. die Anwohner der Dammstraße sollten 210.000 Euro bezahlen und die Stadt nur 70.000.

Das ist ein typisches Beispiel selbstgeschaffener „Sachzwänge“. Wer diese Art der Abzocke zu kritisieren wagt, wie jüngst Michael Beltz im Stadtparlament, wird übel beschimpft – diesmal von G. Merz. Bgm. Haumann (CDU) hatte damals noch versprochen, dass es nicht gegen den Willen der betroffenen Anlieger und Mieter zu gebührenpflichtigen Baumaßnahmen kommen werde: „*Wenn die Leute lieber noch 10 Jahre in dem Ist-Zustand leben wollen, ist das dann deren Sache.*“ (GAZ, 21.11.01) Davon steht in der Satzung allerdings kein Wort; da ist unter dem Stichwort „Bürgerbeteiligung“ lediglich von „Information“ und „Erörterung“ die Rede. Es geht auch anders: In Mörfelden und Reinheim, wo die DKP mit einer starken Fraktion vertreten ist, gibt es keine Straßenbeitragsatzung. E.B.



Da ergeben sich Fragen: Wie viel verdient er durch die LaGa in Gießen? Wonach richtet sich sein Honorar? Ist die gesamte Bausumme Grundlage auch für Honorare anderer Beteiligter? Was kostet das Büro der LaGa GmbH im Monat und hochgerechnet bis zum Ende der LaGa?

Was kostet die Werbekampagne die anscheinend besonders aufwendig gegen die Argumente der BI nötig wurde?  
Michael Beltz

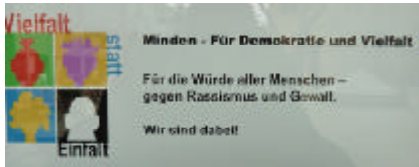
## Gießener Museum fördert Aberglauben

Religiöse Kultgegenstände können durchaus in ein Museum gehören – wenn dort sachlich darüber informiert wird. In Gießen wird aber ein mit Steuergeldern finanziertes Museum, das Oberhessische Museum im Wallenfels'schen Haus, dazu mißbraucht, religiöse Rituale zu vollziehen und mittelalterlichen Aberglauben zu propagieren. Tibetischen Mönche arbeiten dort tagelang an einem Ornament aus knallbuntem Sand, genannt Mandala. Dieses Ding soll anschließend auch noch geweiht und gesegnet werden, esoterische Menschen sitzen drumherum, summen und brummen omm omm omm. Vorher wurde von diesen Mönchen ein vor sechs Jahren erstelltes Ornament feierlich zerstört. Wenn dieses Ding künstlerisch wertvoll und museumsreif war, hätte es nicht vernichtet werden dürfen. Wenn es religiöser Kitsch und geweihter Hokuspokus war, hätte es nie in dieses Museum gehört. Weltanschauliche Neutralität ist das mindeste, was man von einem Museum erwarten kann. Wurde für diesen Unfug eventuell auch noch Geld aus der Stadtkasse ausgegeben?  
Gernot Linhart

# Anträge der Linksfraktion

**Stadtverordneter Michael Beltz (Mitglied der DKP) beantragte:**

„Der Magistrat wird aufgefordert, Schilder mit dem Text „Kein Ort für Nazis – Gießen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ herstellen zu lassen und an öffentlichen Gebäuden anzubringen.“



*Nicht nur Kiel auch Minden zeigt Flagge - bloß Gießen will nicht*

**Begründung:**

Die Stadt Kiel stellt als bundesweit erste Stadt entsprechende Schilder im gesamten Stadtgebiet auf. Dies sollten wir als Vorbild nehmen, um den Ruf und das Ansehen unserer Stadt im Kampf gegen das Aufkommen und verbrecherische Handeln von Faschisten zu verdeutlichen. Auch wenn dies nur eine symbolische Bedeutung hat, so wird damit ein Zeichen gesetzt, dem Taten folgen müssen.“

**Stadtverordneter Jonas Ahlgrimm (parteilos) beantragte:**

„Die berufsorientierten Maßnahmen an Gießener Schulen, die von der Diakonie durchgeführt werden, sollen sobald als möglich an einen religiös

neutralen Träger übergeben werden.  
**Begründung:** Die Diakonie ist laut ihrer Satzung ein missionarischer Verein. Ziel ist es laut Präambel u.a. die Liebe zu Gott in den Menschen zu wecken. In einem säkularen Staat sollten keine missionarischen Ziel verfolgt werden.“

Beide Anträge wurden in den Ausschüssen abgelehnt (dies ist auch in der Parlamentssitzung - nach Redaktionsschluß - zu erwarten).

Für antifaschistische Hinweistafeln sah man keinen Bedarf, auch nicht nach dem faschistischen Terror und dem Nazi-Aufmarsch im vergangenen Jahr, der von der Stadt genehmigt mit einem martialischen Polizeiaufgebot in Gießen stattfand.

Die Missionierung wurde, obwohl belegt (s. Kasten), schlicht in Abrede gestellt, wobei insbesondere Stadtverordneter Grothe (Grüne) wieder

**O-Ton Diakonie:**

*"Den Vätern und Müttern der heutigen Diakonie ging es neben der Hilfe...auch um ein zweites: Sie wollten ihnen das Evangelium bringen, ihnen von Jesus Christus erzählen."*

einmal in unsachlicher Manier ausfallend wurde.

Nur zwei Drittel aller Gießener gehören einer christlichen Kirche an, Tendenz sinkend; und viele sind nur formal oder gezwungenermaßen Mitglied. Dennoch werden alle auf Tritt und Schritt mit deren Weltbild konfrontiert – von der Kita bis zur Klinik, die übrigens nicht mit kirchlichen sondern mit staatlichen Mitteln finanziert werden. Daß entsprechend Grundgesetz und Hessischer Verfassung Staat und Kirche getrennt sein sollen, darüber – wie über viele andere verbrieften Rechte – setzt man sich hinweg.

Erika Beltz



## Jugendamt gehört in kommunale Verantwortung!

Kreis- und Stadtjugendamt sollen mehr kooperieren, z.B. im Bereich Pflegekinderdienst. Dies ist inhaltlich zu begrüßen, dass dabei jedoch so nebenbei Aufgaben des Jugendamtes an sog. freie Träger vergeben werden sollen, lehnt die DKP Gießen ab.

Beratung und gegebenenfalls Fortbildung für interessierte mögliche Pflegeeltern sowie die Werbung und Öffentlichkeitsarbeit soll dieser „frei Träger“ übernehmen, da angeblich bei der Stadt und Kreis keine Stellen mehr sind.

Die Stadt und der Kreis haben aber trotzdem die Arbeit zu finanzieren, jedoch keinerlei Einfluß mehr auf die Personalentscheidungen der „freien Träger“. Und

da wird dann gemauschelt, siehe kirchliche Träger und deren Einstellungspolitik gegenüber Nichtchristen (sowie Geschiedenen etc).

Der Kreis hat bereits seit Jahren die Adoptionsvermittlung an den Caritasverband abgegeben.

Hat irgend jemand sich mit der Auswahl der Beschäftigten und der Auswahl der Adoptiveltern durch den Caritasverband beschäftigt?

Die DKP fordert daher den Ausbau der Pflegekinderdienste bei Stadt und Kreis Gießen und lehnt die Pläne des Jugendhilfeausschusses der Auslagerung von Teilbereichen des Pflegekinderdienstes ab.

K.S.

# Uniklinken – Schluß mit dem Profitprinzip!

Als die Universitätskliniken Gießen und Marburg für den Bruchteil ihres Wertes an die Rhön AG verschertelt wurden, war klar: Der Käufer ist eine Aktiengesellschaft, für die das Aktienrecht höchste Priorität hat. Das heißt, an erster Stelle steht nicht die Gesundheit der Patienten oder das Wohl der Beschäftigten, sondern die zu erzielenden Dividenden. Seit der Privatisierung machen diese Kliniken nicht mit medizinischen Erfolgen Schlagzeilen, sondern mit Personalabbau, Ausgliederungen und Klagen von Patienten und Personal. Im Jahr nach der Eröffnung des pompösen, aber unzweckmäßigen Neubaus erreichen die Negativmeldungen einen neuen Höhepunkt. Aus wirtschaftlichen Gründen sollen 500 Arbeitsplätze abgebaut werden. Zinsen und Tilgung

für den Neubau sollen auf dem Rücken der Patienten und des Personals erwirtschaftet werden. Aber da hatte



der Konzern sich verrechnet. Nicht nur die Beschäftigten und ihr Betriebsrat protestierten, durch die massive Kritik sah sich zum ersten Mal auch die Landesregierung gezwungen, den Protesten zuzustimmen. Formale Kritik reicht aber nicht aus. Gemeinsam mit Vertretern des Personals müssen verbindliche Vorga-

ben erarbeitet werden, wie viele Beschäftigte für eine gute Krankenversorgung und für Forschung und Lehre notwendig sind. Ohne einen solchen Personalschlüssel verläßt sich die Geschäftsleitung auf das Pflichtbewußtsein ihrer Angestellten. Mit immer weniger Leuten sollen immer mehr Patienten versorgt werden, auch wenn die Leistungsfähigkeit von Pflegerinnen und Pflegern, Ärztinnen und Ärzten (die übrigens vom Land Hessen bezahlt werden, auch wenn sie für den Konzern arbeiten) und aller anderen Beschäftigten längst überschritten ist. Wenn das unterbunden wird, wird das Modell „Private Kliniken“ möglicherweise unattraktiv. Darum wäre es nicht schade – das Profitprinzip hat im Gesundheitswesen nichts zu suchen. Krankenversorgung muß wieder eine öffentliche Aufgabe werden.  
Gernot Linhart



## Runter mit den Strompreisen!

Wie fast alle Stromversorger erhöhen auch die Stadtwerke wieder den Strompreis – ab 1. Mai wird elektrische Energie um 2,3% teurer. Das ist schon wieder eine Preiserhöhung, die den geringen Anstieg der Nettoeinkommen übersteigt und damit ein weiteres Absinken der Realeinkommen bewirkt. Der Grund für diese Tarifierhöhung ist rein politisch. Die Bundesregierung hat durch konzernfreundliche Regelungen gewerbliche Großverbraucher massiv entlastet. Sie brauchen keine Netzentgelte mehr bezahlen, der Strom wird ihnen auf Kosten aller anderen Kunden frei

Haus geliefert. Darüber hinaus wurde ihnen auch jeder Beitrag zu den Mehrkosten durch das Gesetz zur Förderung erneuerbarer Energien erlassen. Die steigenden Kosten der sogenannten Energiewende und des Netzausbaues tragen allein private Stromverbraucher und kleine Gewerbetreibende. Die Gewinne der Energiekonzerne bleiben natürlich auch unangetastet. Eine andere Politik könnte nicht nur zu einer umwelt- und klimafreundlicheren Energieversorgung, sondern darüber hinaus auch noch zu niedrigeren Kosten führen.

Gernot Linhart

### Uni-Klinik in öffentliche Hand!

Der Juso-Landesvorsitzende Felix Diehl forderte jüngst vollkommen zu Recht: "Das Uni-Klinikum muß wieder in öffentliche Hand." Da ist er aber in der falschen Partei: in Wiesbaden sind CDU und SPD in großer Koalition gerade dabei eine kommunale Klinik an den Rhön-Konzern zu verhöckern (s. Gießener Echo 3/12)



# Der Gesundheitsbeter

Die herrschende Politikerkaste hatte sich in schönstem Einvernehmen auf Joachim Gauck geeinigt - allein die Kanzlerin fürchtete Eskapaden des eitlen Herrn - und so ist er nun oberster Repräsentant dieses Staates. Als es darum ging, die Wende zur neoliberalen Politik ungezügelter Marktkräfte zu vollziehen, schickte die Politik Roman Herzog mit seiner „Ruck“-Rede vor, als die Herrschaft der Finanzhaie etabliert war, schien Horst Köhler als früherer IWF (Internationaler Währungsfonds)-Generaldirektor der rechte Repräsentant. Doch als in der Krise mit dem Neoliberalismus sogar der Kapitalismus als solcher diskreditiert war, kam der Motor der Kandidatenkür ins Stottern. Köhler ging und Wulff war nicht der Mann, um in der

Krise den Glauben an das Kapital wieder aufzurichten. Mit der Pleite der Lehman-Bank drohte das gesamte kapitalistische Finanzsystem zu kollabieren, es folgte weltweite wirtschaftliche Rezession (Japan, USA, Europa) und die gemeinsame europäische Währung droht heute auseinander zu brechen. In Deutschland mit seiner Exportorientierung geht es vielen Menschen noch recht gut, zumindest so lange die anderen noch in der Lage sind,

unsere Produkte zu kaufen, Aber auch hierzulande sind seit einem Jahrzehnt die Löhne und Renten real gesunken und viele Menschen können von ihrer Arbeit



nicht mehr leben. Mit der Hartz IV-„Reform“ wurde das Tor zum Sozialabbau weit aufgestoßen. Da so die Massenkaukraft fehlt, wird die fehlende Nachfrage in allen westlichen Industriestaaten durch Ausgaben des Staates ersetzt. In der Weltwirtschaftskrise der Dreißigerjahre gewann die These Anhänger, der Staat müsse Schulden machen, damit der Wirtschaftsmotor wieder anspringe. Heute ist der Staatskredit das alleinige

**Satiriker Kurt Tucholsky, 1931:  
„Dass der Arbeiter für seine Arbeit auch einen Lohn haben muss, ist eine Theorie, die heute allgemein fallengelassen worden ist.“**

Antriebsmittel, das den Wirtschaftsmotor noch am Laufen hält. Und weil das so ist, sind die modern gewordenen „Schuldenbremsen“ lachhafte Papiertiger. Ein Ende des Lebens auf Pump wäre das Ende des heutigen kreditgetriebenen Kapitalismus. Was die rigorose Sparpolitik für die Menschen bedeutet, sehen wir in Griechenland, Portugal, Spanien... Allerdings ist das exzessive Gelddrucken der Notenbanken auch nur möglich, wenn man die Entwertung des Geldes in Kauf nimmt.

In dieser Lage haben die herrschenden Politiker den einzig möglichen Repräsentanten des Staates gefunden: den Gesundheitsbeter. Was gehen den die Gesetze der kapitalistischen Wirtschaft an. Wer am Kapitalismus Kritik übt wie Occupy ist für Gauck „unsäglich albern“. Und so predigt er den Glauben an die herrschende Ordnung - auch wenn diese eine Unordnung ist. In den vergangenen Jahren ließ er sich solche Predigten von Finanzinstituten „stattlich honorieren“ („Spiegel“ 12/2012). In Zukunft wird er auf Staatskosten predigen, welches Geschenk es für Hartz IV-Empfänger ist, im Kapitalismus zu leben. Klaus Mewes

**„Jede Wirtschaft beruht auf dem Kreditsystem, das heißt, auf der irrtümlichen Annahme, der andere werde gepumptes Geld zurückzahlen. Tut er das nicht, so erfolgt eine sog. „Stützungsaktion“, bei der alle, bis auf den Staat, gut verdienen. Solche Pleiten erkennt man daran, dass die Bevölkerung aufgefordert wird Vertrauen zu haben. Weiter hat sie dann auch nichts mehr.“** (Peter Panter: Kurzer Abriss der Nationalökonomie.)

## Zusatzverdienste für Rentner

Die DKP Gießen ist nicht für die Erhöhung der Zusatzverdienste ohne Anrechnung auf die Rente, sondern für Renten, von denen die Bezieher auch existieren können. Es ist zynisch, zunächst das Renteneintrittsalter zu erhöhen und damit immer mehr Renten zu kürzen und dann, wenn die Rentner nicht mehr länger arbeiten können/wollen, ihnen bessere Zusatzverdienste zu ermöglichen. Das zeigt, wie menschenfeindlich dieses kapitalistische Wirtschaftssystem ist. Wir Kommunisten wollen keine verbesserten Zusatzverdienste sondern verbesserte Renten. Die klammheimliche Beschneidung von Renten mit immer mehr arbeitenden Rentnern führt dann zur Frage, wozu denn überhaupt noch Renten? Sie sind ja nur ein Störfaktor bei der Kapitalverwertung, K.S.

## UZ - Sozialistische Wochenzeitung der DKP

Probeexemplar bzw. 10 Wochen Gratis-Abo (endet automatisch):

**UZ-Unsere Zeit, Hoffnungstr. 18,  
45127 Essen, tel 0201-2486482,  
E-mail: UZAbo@t-online.de  
www.unsere-zeit.de**

# Was ist eigentlich Kommunismus?

Kommunismus ist die grundlegende Alternative zum Kapitalismus, ein anderes Gesellschaftssystem. „Jeder (produziert) nach seinen Fähigkeiten, jedem nach seinen Bedürfnissen“ was er braucht, und dies unabhängig von der individuellen Leistung (Marx).

Zwischen Kapitalismus und Kommunismus liegt die „Periode der revolutionären Umwandlung der einen in die andre.“ (Marx). Dieser Bruch mit dem Kapitalismus als Übergangsphase ist der Sozialismus. Die Emanzipation des Menschen als Ziel des Sozialismus wird in einem längeren Prozess in die klassenlose kommunistische Gesellschaft einmünden.

Unter „Bruch“ mit dem Kapitalismus verstehen wir das revolutionäre Lösen des Grundwiderspruchs der kapitalistischen Produktionsweise - gesellschaftlicher Charakter der Produktion und privatkapitalistische Aneignung der Ergebnisse der Produktion. Die großen Konzerne und Banken regieren ungebremst und globalisiert. Es geht nur um Höchstprofite. Es

kommt regelmäßig zu Krisen. Die Zeche zahlen die „kleinen Leute“. Angst geht um. Die Menschen sind sich Konkurrenten. Alles wird zur Ware. Mehr als eine Milliarde Menschen hungert, die Umwelt wird zerstört, das Klima ruiniert. Es gibt mehr Kriege um Märkte, Macht und Rohstoffe als jemals zuvor. Das ist Kapitalismus. Alle Versuche, ihn menschlicher zu machen, sind gescheitert. Dabei könnte alles anders sein. Es gibt großen Reichtum, die Produktivität ist hoch. Ein Leben für alle mit Gesundheitsfürsorge, guter Bildung, in sozialer Sicherheit und ausreichender Ernährung wäre möglich.

Wer die Fabriken, Banken, Energieversorger usw. besitzt, also wer die Macht hat, der entscheidet, was und wie produziert wird. Bei diesen Entscheidungen steht die Profitvermehrung und nicht die Bedürfnisse der Menschen im Vordergrund. Erst wenn begonnen wird, Eigentum und Macht der Konzerne und Banken in Frage zu stellen und Forderungen z.B. nach Vergesellschaftung, Enteignung, de-

mokratischer Kontrolle usw. zu entwickeln, dann kommen wir weiter. Es ist der Kapitalismus, der uns ein Leben ohne Existenzangst verwehrt. Die Tür für eine andere Gesellschaft wird nicht per Gesetz geöffnet, weil es in den Parlamenten der kapitalistischen Gesellschaft keine Gesetzgebung geben kann, die sich und ihr System selbst abschafft. Sozialismus wird auch nicht durch einen Putsch erreicht. Er muss von Menschen, die gelernt haben zu kämpfen, gewollt sein. Vor allem Banken, Konzerne, Verkehrswege, Großgrundbesitz und Medien müssen Gemeineigentum sein. Steuerung von Staat und Produktion muss breit getragen werden von gesellschaftlichen Organisationen. Es sollte nicht verlangt werden, daß das Reale - quasi von jetzt auf gleich - so zu sein hat wie das Erwünschte, die Utopie. Nur im Zusammenwirken aller, im Suchen um die besten Wege und Lösungen kann die Zukunft liegen. „Sozialismus oder Barbarei!“ (Rosa Luxemburg).

## Buchtipps zum Naziterror und seine Hintergründe

Im November 2011 wurde bekannt, daß eine faschistische Terrorgruppe Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) über 13 Jahre lang mordete, Sprengstoffattentate verübte und diverse andere Verbrechen beging.

Markus Bernhardt, u.a. Autor der Tageszeitung "junge Welt", zeigt in seinem neuen Buch „Das braune Netz“ welche Unterstützer, Förderer, Wegschauer im Verfassungsschutz und anderen Behörden diese Verbrechen erst möglich machten. Die Zusammenarbeit zwischen dem sogenannten Verfassungsschutz und Faschisten wundert nicht, wenn man weiß, dass die Gründer des Verfassungsschutzes gestandene Nazis waren.

Bernhardts Buch gewährt einen faktenreichen Einblick in faschistische Zusammenhänge, nennt Täter und Unterstützer beim Namen. Die Taten der NSU sind kein singuläres Ereignis. Mit Unterstützung eines breiten Netzwerkes wurde und werden Gewalttaten begangen und vertuscht. Bernhardt geht außerdem im zweiten Teil des Buches ausführlich auf die

Markus Bernhardt:  
Das braune Netz. Naziterror – Hintergründe, Verharmloser, Förderer  
Papyrossa Verlag,  
Neue Kleine Bibliothek 173, etwa 120 S.,  
9,90 E



sogenannte Extremismustheorie ein. Diese hat die Funktion von rassistischen und demokratiefeindlichen Gesinnungen in der selbsternannten politischen Mitte der Gesellschaft abzulenken und die engagiertesten Gegner der Faschisten - Antifaschisten und Kommunisten - als linke Extremisten mit den Faschisten

gleichzusetzen und einen wirksamen Widerstand gegen den Faschismus zu verhindern.

Er zeigt an mehreren Beispielen die praktischen Konsequenzen der Extremismustheorie auf, etwa in Dresden, wo die Faschisten von der Polizei geschützt ungehindert marschieren konnten und mit brutaler Gewalt gegen friedliche Gegendemonstranten vorgegangen wurde.

Mit dem Buch taucht man tief in den braunen deutschen Sumpf ein und kommt an der Einsicht in die Notwendigkeit einer Einheitsfront aller wirklich demokratischen Kräfte nicht vorbei.

Sabine Albrecht



Markus Bernhardt (rechts im Bild) während einer gut besuchten Veranstaltung des Bündnisses gegen Rechts am 6. März im Café Amelie, die von zahlreichen Organisationen (DGB, DKP, VVN, Infoladen, Solid, Rote Hilfe...) unterstützt wurde.

# Leserbriefe

## Frontstaat BRD

Die US-geleitete Aufrüstung in Polen und Tschechien durch die nuklearen „Raketenschilder“ bedeutet eine Bedrohung Russlands, das wiederum unter Putin (dessen Anhänger ich nun wirklich nicht bin) mit Aufrüstung reagieren will. Diese Maßnahme kann ich auch als Antimilitarist verstehen. Nun sickert medial durch, dass ein solcher „Schirm“ zentral für ganz Europa unter der Führerschaft der USA mit Hilfe von Patriot-Raketen in Deutschland im NATO-Stützpunkt Ramstein bis 2020 errichtet werden soll - dies unter Verletzung der Souveränitätsrechte der BRD. Nun kann von Deutschland aus wieder Krieg geführt werden, ohne mit einem Gegen-schlag rechnen zu müssen. Das Prinzip: „Wer zuerst schießt, stirbt als Zweiter“, ist außer Kraft gesetzt. Deutschland wird so zum „Frontstaat“. Leider wird diese Entwicklung von der Friedensbewegung nahezu ignoriert. **Fazit:** Die menschenverachtende Rüstungsspirale gewinnt weiter an Fahrt! Dagegen muss die zentrale Forderung nach Abschaffung aller Atomwaffen in Deutschland und der ganzen Welt stehen, so auch beim Ostermarsch! Uwe Moldenhauer

## Vorläufiges Resümee zur LaGa

Dass eine kleine Gruppe von autokratischen, selbstherrlichen Leuten (Majorität des Stadtparlaments und der Stadtregierung) die LaGa mit dem Kopf durch die Betonwand gegen den erklärten Willen der Masse der Stadtbevölkerung durchsetzen, wirft Fragen auf. Haben wir eigentlich noch eine „Repräsentative Demokratie“ (wie unser Herrschaftssystem bezeichnet wird), wenn die Mehrheit des Stadtparlaments nicht den Willen der Masse der Bürgerinnen und Bürger repräsentiert? Ist es nicht inzwischen höchste Zeit, das „Imperative Mandat“ auf allen Parlamentsebenen einzuführen, damit die Abgeordneten dem Wählerwillen unterworfen und rechenschaftspflichtig sind? Gegenwärtig endet unsere vielgepriesene Demokratie an der Wahlurne – das Volk darf Abgeordnete wählen, aber dieselben sind danach nur ihrem „Wissen und Gewissen“ (und dem Fraktionszwang) verpflichtet. Außerparlamentarische Maßnahmen, durch die die Bevölkerung ihre Meinung manifestieren kann (z.B. Demos, Bürgerbegehren...) bleiben meist unbeachtet und/oder werden abgewürgt oder gar niedergeknuppelt. (Name ist d. Red. bekannt)

## Newroz-Feier in Gießen

Am 21. März feierten kurdische Verbände auf dem Kirchenplatz das Neujahrsfest unter dem Motto „Newroz 2012: Für Hoffnung und Toleranz – Gegen Rassismus und Fremdenhaß“. Neben Gesang und Tanz gab es Ansprachen von offizieller Seite – Dietlind Grabe-Bolz, Mehmet Tanriverdi... – sowie Solidaritätsbeiträge von Henning Mächerle, DKP (Foto) und Martin Wagner, Linkes Bündnis.



## Auf welchem Weg nach Persien?

**Kehrtwende im UN-Sicherheitsrat: Westmächte wechseln Strategie zum „Regime change“ in Damaskus. Eigentliches Ziel bleibt Iran**

Bereits im Jahr 2009 hat die Denkfabrik „Brookings Institution“ in Washington ein Politikpapier mit dem Titel „Auf welchem Weg nach Persien? - Optionen für eine neue amerikanische Strategie gegen Iran“ präsentiert. Demnach führt der Weg nach Teheran über Damaskus... Brookings empfiehlt dem Westen, Iran international zu isolieren, einen Keil zwischen Teheran und Damaskus zu treiben und das Land zugleich durch immer schärfere Sanktionen langsam auszubluten. Parallel dazu sollen verdeckte Operationen und Terroranschläge durchgeführt und Unruhen geschürt werden...

Aber Damaskus ist nach einem Jahr Unruhen immer noch nicht gefallen, und deshalb ist auch Teheran längst nicht sturmreif. Deshalb hat Brookings in der vergangenen Woche die Politikempfehlung mit dem Titel „Syriens Rettung: Einschätzung von Optionen für den Regimewechsel“ vorgestellt. Darin werden die bereits im Anti-Iran-Papier aufgeführten Methoden der verdeckten US-Kriegsführung an die syrischen Verhältnisse angepaßt und in drei Optionen

zusammengefaßt.

1.: Harte, aber begrenzte Militärschläge der US- und NATO-Luft- und Seestreitkräfte, begleitet von erdrückenden Handels- und Finanzsanktionen und unterstützt von psychologischer Kriegsführung und entsprechender Propaganda, sollen die Eliten im Umfeld von Präsident Baschar Al-Assad davon überzeugen, daß die Zukunft im Westen liegt und es das beste ist, den Staatschef zu stürzen und sich auf die Seite der prowestlichen Aufständischen zu schlagen.

2.: Nach dem Vorbild Libyen mit Hilfe einer Flugverbotszone die syrischen Luft- und Landstreitkräfte auszuschalten und anschließend jeden Widerstand zu bombardieren, der sich der bewaffneten Opposition am Boden in den Weg stellt.

3.: Die Schaffung von „sicheren Zonen“ für syrische Zivilisten entlang der Grenze zur Türkei, die von der US-NATO-Luftwaffe und einer bewaffneten Opposition geschützt würden...wobei die Schutzzonen als Ausgangspunkt für Angriffe und zugleich als sichere Ruhezonen für die Kämpfer dienen würden...

In der Kehrtwende der Westmächte im UN-Sicherheitsrat am Mittwoch, wo sie von den Optionen eins und zwei abrückten, um die Syrien-Mission des UN-Beauftragten Kofi Annan zu unterstützen, erkennt man bei genauerem Hinsehen, daß damit die Voraussetzungen für Option drei geschaffen werden. (R. Rupp, gekürzt aus „junge Welt“ v. 24.3.)



## Mai-Veranstaltung der DKP

Donnerstag, 26. April, 19.30 Uhr, Café Amelie, DGB-Haus

Begrüßung: **Helmut Appel**

Redner: **Jürgen Brandies**, Betriebsrat bei Passavant-Roediger, Mitglied des Ortsvorstands der IG Metall Hanau/Fulda

Kulturprogramm **Erich Schaffner**

**"FREIHEIT, DIE SIE MEINEN -  
MIT JOACHIM TIEFER IN DEN SUMPF"**

Schaffners bewährte Mischung aus neuesten Nachrichten, alten Liedern und Szenen von Schiller bis Schwarzen, von Eisler bis Kreisler.

Am Klavier: **Georg Klemp** Eintritt frei, Unkostenbeitrag erwünscht



Wir bitten um Überweisung der Abo-Gebührer und um Spenden

Gießener Echo

Konto Nr. 193070

BLZ 51350025

Sparkasse Gießen

## Ostermarsch 2012

Ostermontag, 9. April,

11.30 Uhr, Eschersheim, Am Weißen Stein: Beginn des OM (nördl.)

13.00 Uhr, Frankfurter Römer: Abschlußkundgebung.

**„Die Wahrheit stirbt schon vor dem Krieg – Kriegsvorbereitungen und Kriege stoppen**

*Das erste Opfer ist immer die Wahrheit. Politische Probleme können nur politisch gelöst werden. Kriegsabenteuer wie in Afghanistan, Irak und Libyen bringen Tod und Zerstörung. Entgegen der offiziellen Drohkulisse von NATO, USA und EU geht es in Syrien und Iran nicht um Menschenrechte und Atompolitik, sondern um politische Vorherrschaft in der geostrategisch wichtigen Region...*

**Hände weg von Iran und Syrien**

*Wir sind solidarisch mit allen gesellschaftlichen Kräften in Nordafrika und dem Nahen Osten, die eine fortschrittliche und demokratische Entwicklung ohne Einmischung von außen und Militärinterventionen anstreben. In Syrien müssen alle bewaffneten Kräfte ihre Kämpfe einstellen und Waffenstillstandsverhandlungen einwilligen. Die gegen den Iran gerichtete Embargopolitik trifft lediglich die wirtschaftliche Entwicklung und die Zivilbevölkerung. Ein militärischer Angriff von außen wird zu einem Flächenbrand führen...“ (aus dem OM-Aufruf 2012, beim Echo erhältlich)*

## Kein Kriegsdenkmal in Marburg-Bortshausen

Unter diesem Motto findet am Ostermontag, dem 9. April ab 11 Uhr eine Demonstration vom Stadtbüro über Cappel nach Bortshausen statt. Anlaß ist die Errichtung eines Kriegsdenkmals im Mai 2011. Unter den Forderungen: "Rückbau des Kriegerdenkmals! Entschiedener Kampf gegen Neofaschismus! Rückzug deutscher Soldaten aus allen Kriegssätzen!" ruft ein breites Bündnis zur Teilnahme auf.

## Demonstration und Kundgebung des DGB

**Gute Arbeit für Europa - Gerechte Löhne,  
Soziale Sicherheit**

Dienstag, 1. Mai, 11.30 Demonstration ab Brandplatz (Marburger Str., Nordviertel, Asterweg, Walltorstr. zum Kirchenplatz)

13.00 Kundgebung und Maifest auf dem Kirchenplatz

Eröffnung: **Robert Wycislo**, Vorsitzender des DGB-Kreis Gießen

Rednerin: **Andrea Kocsis**, Stellv. Vorsitzende von ver.di

Kultur: **Spielratten**

**Widerstand** jeden Montag 18 - 19 Uhr  
**gegen Hartz IV** beiden dreischwätzern

## Gießener Echo

Hrsg: DKP Kreisvorstand Gießen; verantw.: Erika Beltz, Erscheinungsweise: monatlich. Bezugsgebühren: 20 € im Jahr (inkl. Versandkosten), erm. 10 € Kto.Nr: 193070 bei Sparkasse Gießen, BLZ 51350025. Druck: Druckkollektiv Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: [dkp@dkp-giessen.de](mailto:dkp@dkp-giessen.de). Im Internet: [www.dkp-giessen.de](http://www.dkp-giessen.de)  
Ich möchte:

- Mitglieder der DKP kennenlernen
- das Gießener Echo drei Monate kostenlos zur Probe beziehen
- das Gießener Echo abonnieren und damit zu allen Veranstaltungen eingeladen werden
- das Gießener Echo online (pdf) abonnieren

Name:

.....

Adresse: .....

e-mail: .....

## Fahrt nach Buchenwald

Am 15. April, dem Jahrestag der Selbstbefreiung des Konzentrationslagers wird wieder ein Bus aus Hessen zur Gedenkstätte Buchenwald/Weimar fahren.

**Gemeinsam aufstehen und kämpfen:  
Gegen das Auftreten der Nazis in Stadt und Land! Für ein Verbot der NPD und aller faschistischen Organisaionen!**

Abfahrt ist um 9 Uhr am DGB-Haus in Frankfurt, die Gedenkveranstaltung des Internationalen Lagerkomitees beginnt um 13 Uhr; anschließend gemeinsamer Gang zum Mahnmal und Gedenken am Glockenturm; 15 Uhr Führung durch das Gelände des KZ. Gegen 16.15 Uhr Rückfahrt nach Frankfurt. Teilnahme: 10 €; ermäßigt 5 € (weitere Infos beim Echo) Anmeldung beim DGB (Tel. 069/27300577) oder VVN (Tel. 06195900846)

**Redaktionsschluß für das  
Mai-Echo: 19.4.2012**